

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: SPD LAND BREMEN

BREMEN ZEIGT GESICHT

BREMEN UND BREMERHAVEN BLEIBEN BOLLWERKE GEGEN RECHTS

Über 5000 Menschen haben am 14. November an der Demo „Bremen zeigt Gesicht“ (Bild oben: Bremer Marktplatz) teilgenommen. Eine ähnliche Demo hat auch in Bremerhaven wenige Tage zuvor mit vielen hundert Menschen stattgefunden. Menschen, die sich gegen spalterische und aufhetzende Parolen gestellt haben und für eine offene solidarische Gesellschaft auf die Straße gegangen sind. Natürlich nahmen auch zahlreiche SPD-Mitglieder an den Demos teil, und was mich besonders gefreut hat, viele hatten auch eine SPD-Fahne in der Hand. Wir verstecken uns nicht, auch wir zeigen Gesicht. Bremerhaven und Bremen sind auf verschiedenste Arten vielfältig, weltoffen und tolerant. Die Bremerhavenerinnen und Bremerhavener schätzen das Lebensgefühl in ihrer Stadt genauso wie die Bremerinnen und Bremer. Das soll auch so bleiben, dafür setzt sich die SPD ein. Die

völkische und hetzerische AfD setzt wie andere rechtspopulistische bis rechtsradikale Gruppen darauf, die Gesellschaft weiter auseinanderzutreiben. Statt Lösungen für tatsächliche soziale Probleme werden Sündenböcke präsentiert. Die SPD setzt dagegen auf die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes. Dafür vertreten wir eine Politik, in der wir Probleme gemeinsam angehen und dabei niemanden auf der Strecke lassen. Um das an einem von vielen Beispielen mal konkret zu machen: Wir setzen uns für das auch in unserer Landesverfassung verbriefte Menschenrecht auf Wohnen ein, mit der Initiative für mehr Wohnungsbau, mit der Durchsetzung der Quote für sozialen Wohnungsbau, mit dem Bau von Studierenden- und Auszubildendenwohnheimen, und dadurch, dass wir die privaten Wohnungskonzerne unter Druck setzen. Wir machen sozialdemokratische Politik für alle Men-

schen in unserem Land, die sich einen schwachen Staat nicht leisten können. Mit der SPD ist klar: Bremen und Bremerhaven bleiben auch weiterhin Bollwerke gegen Rechts. ■

Bild unten: Kundgebung „100 Jahre Frauenwahlrecht“ am 12. November 2018 auf dem Bremer Marktplatz: Unter den Teilnehmer*innen waren viele Genossinnen, auch unsere Landesvorsitzende, Sascha Karolin Aulepp, war dabei und zeigte Flagge für die Gleichstellung – ein Thema, das auch 100 Jahre später noch eine große Relevanz hat.



FOTO: SPD LAND BREMEN

WIR HABEN GUTE ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN!

INTERVIEW MIT DEM PRÄSIDENTEN DES SENATS, BÜRGERMEISTER CARSTEN SIELING

Carsten Sieling ist seit Juli 2015 Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Senator für Kultur sowie Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften. Er war von 2004 bis 2006 Landesvorsitzender der SPD Bremen, von 2005 bis 2009 Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft sowie zwischen 2009 bis 2015 direkt gewähltes Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Bremen I.

Jahresauftakt 2019
Freitag, 11. Januar 2019,
19:00 Uhr
(Einlass ab 18:30 Uhr)
Union Brauerei,
Bremen-Walle.

Mit **Malu Dreyer**,
Ministerpräsidentin
von Rheinland-Pfalz
und stellvertretende
Parteivorsitzende.

**Mehr Informationen
in Kürze in Deinem
Briefkasten.**

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisa-
tion
Bremen
Oberstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.)
Namentlich gezeich-
nete Beiträge werden von
den Autoren verant-
wortet.

Seite 4: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
Matthias Koch (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

Noch etwas mehr als fünf Monate bis zur Bürgerschaftswahl im Mai nächsten Jahres. Wird die SPD auch 2019 stärkste politische Kraft in Bremen und Bremerhaven? Darauf arbeite ich hin. Die SPD hat für Bremen in den vergangenen Jahren viel erreicht. 50.000 neue Arbeitsplätze, jährlich 1.000 neue Kindergartenplätze, die erfolgreiche Integration der vielen Menschen, die hier bei uns Zuflucht suchen. Und vor allem: endlich einen geordneten Landeshaushalt. Beim Wirtschaftswachstum sind wir seit Jahren die Nr. 1 im Norden, 2017 haben wir Bremer sogar die Bayern geschlagen. Zwar noch nicht beim Fußball, dafür aber wirtschaftlich. Im vergangenen Jahr waren wir beim Wachstum sogar bundesweit die Stärksten und haben alle anderen Länder hinter uns gelassen. Bremen hat sich trotz der vielen Herausforderungen, sehr gut entwickelt.



Der Sparkurs der letzten Jahrzehnte ist an Bremen nicht spurlos vorübergegangen ... In der Tat. In den letzten Jahren konnten wir wegen der Sparmaßnahmen viele wichtige Bürgerdienstleistungen nicht in der Weise erbringen, wie das die Menschen zurecht erwarten. Das haben wir aber mittlerweile spürbar verbessert. Unzweifelhaft ist: Bremen leidet nach wie vor unter hoher Langzeitarbeitslosigkeit und viele Kinder leiden unter der Armut ihrer Eltern. Das sind zwei zentrale Aufgaben, wo wir nicht lockerlassen werden. Wir können zukünftig mehr gestalten und darum will ich eine politische Zeitenwende hin zu mehr Investitionen und gestärktem Sozialstaat.

Sie sprechen die Einigung beim Bundesländer-Finanzausgleich an? Ab 2020 werden wir rund 500 Millionen Euro zusätzlich in unseren Haushalten zur Verfügung haben. Nun können auch wir statt Schulden zu machen, Schulden tilgen. Vor allem aber will ich investieren. Die SPD gestaltet. Bildung und Wissenschaft, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Stärkung der Quartiere, Wohnungsbau und Stadtentwicklung lauten die Aufgaben.

Vor gut einem Jahr haben Sie eine Zukunftskommission ins Leben gerufen, die jüngst ihren Abschlussbericht vorgelegt hat. Ja, weil ich die neuen Chancen Bremens nicht im Einerlei der Tagespolitik versickern lassen wollte. Und weil ich auf Beteiligung setze. Wir haben Experten gewonnen, Gewerkschaften, Kammern, Umweltverbände, Elternvertretungen, die Jugend und viele andere mehr eingebunden. Wir haben dabei Bremen 2035 fest im Blick. Und natürlich finden sich eine ganze Reihe wichtiger Übereinstimmungen und Anknüpfungspunkte mit dem Zukunftsprogramm der Bremer SPD für die kommende Bürgerschaftswahl.



Die wären? Wir werden Schulen und Kindergärten konsequent weiter stärken und die Bildungsausgaben auf das Niveau der anderen Stadtstaaten anheben. In Wissenschaft und Forschung wollen wir exzellent bleiben und die Zahl der Studierenden um 25 Prozent auf 40.000 erhöhen. Wir werden den Landesmindestlohn Richtung 12€ bringen. Im ersten Schritt soll er an die unterste Stufe des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes mit 10,93€ gebunden werden. Die Kindergärten

werden für die Drei- bis Sechsjährigen im Lande Bremen ab dem kommenden Schuljahr gebührenfrei sein. Für Kinder und Jugendliche soll der ÖPNV kostenfrei werden und die Eintrittspreise für die Bäder unserer Stadt sollen auf einen Euro gesenkt werden. Die Angebote im sozialen Arbeitsmarkt werden wir in den nächsten Jahren verdoppeln. Und ich bin fest überzeugt: die SPD muss den Sozialstaat wieder stark machen.



Welches Thema liegt Ihnen dabei vor allem am Herzen? Deutschland ist ein reiches Land. In der Daseinsvorsorge passiert viel, keine Frage. Niemand kann aber ernsthaft abstreiten, dass wir in diesem reichen Land ein dramatisches Problem mit der Kinderarmut haben. Auch in Bremen und Bremerhaven leben trotz der wirklich sehr guten wirtschaftlichen Lage 35.000 Kinder von „Hartz IV“. Offensichtlich hat sich die Situation vieler Kinder mit Hilfe der bisherigen Instrumente nicht verbessert, sondern leider sogar verschlechtert. Deshalb brauchen wir hier neue Antworten, Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Wir dürfen nicht zulassen, dass die soziale Spaltung bereits in den Alltag der Kleinsten Einzug hält. Ich bin deshalb ganz ausdrücklich für eine eigenständige Kindergrundsicherung. Dafür können alle bisherigen kinderbezogenen Geldleistungen in eine mit steigendem Einkommen abschmelzende Kindergrundsicherung zusammengeführt werden. Damit würde es gelingen, Kinder aus dem bisherigen Hartz-IV Bezug dauerhaft herauszunehmen und ihre Lebenssituation deutlich und spürbar zu verbessern. ■

ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN AUSWEITEN

NACHHALTIGES WACHSTUM IN EUROPA MIT KONSEQUENTER STEUERPOLITIK VERBINDEN

Von Joachim Schuster, Mitglied des Europäischen Parlaments.

Die deutsche Wirtschaft hängt maßgeblich von der Stärke des europäischen Binnenmarkts ab. Unsere Exportorientierung kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn wir im Gegenzug einen leistungsfähigen heimischen Binnenmarkt mit hoher Kaufkraft aufbauen, der mehr Importe aus

den EU-Staaten ermöglicht. Nur auf Kosten der anderen Mitgliedstaaten zu wirtschaften, ist keine nachhaltig erfolgreiche Strategie. Wir brauchen also eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik, die den Besonderheiten aller nationalen Volkswirtschaften Rechnung trägt.

Die bisherige Sparpolitik und die ausschließliche Fixierung auf Budgetziele genügen diesen Anforderungen nicht. Ein Ergebnis dieser Politik ist, dass sich das wirtschaftliche Nord-Süd-Gefälle in Europa vergrößert hat und die Folgen der Finanzmarktkrise für den Arbeitsmarkt in einigen Ländern noch nicht überwunden sind.

Im Fokus einer neuen europäischen Wirtschaftspolitik

sollte eine erhebliche Ausdehnung öffentlicher Investitionen in allen Mitgliedstaaten stehen, etwa im Bildungsbereich, für erneuerbare Energien oder die Ausweitung der digitalen Infrastruktur. Dabei müssen EU-Länder gezielt unterstützt werden, die allein nicht in der Lage sind, ihre Investitionstätigkeit angemessen zu erhöhen. Zwei Stellschrauben dafür sind die Struktur- und Kohäsionsfonds der EU sowie ein neu einzurichtendes Eurozonenbudget.

Zur Finanzierung der Investitionen brauchen wir eine konsequente Steuerpolitik, die Schlupflöcher durch eine Harmonisierung der Unternehmenssteuer schließt und Steueroasen austrocknet, die durch eine Finanztransaktionssteuer reine Spekulationsgeschäfte unrentabel macht, und die digitale Konzerne á la Google einer effektiven Besteuerung unterwirft. Mehr Steuergerechtigkeit ermöglicht mehr nachhaltige Investitionen und den Abbau von Arbeitslosigkeit und Armut in ganz Europa. ■



FOTO: EU-PARLAMENT

Aktuelle Informationen zu seiner Arbeit im Europaparlament und zu Veranstaltungen in Bremen und Bremerhaven veröffentlicht Joachim Schuster auf Facebook mit mehreren kurzen Posts pro Woche und in längeren Themenartikeln auf der Homepage. Dort auf der Startseite können Europainteressierte auch seinen Newsletter „Bericht aus Brüssel“ abonnieren, der alle sechs Wochen versandt wird.

f www.facebook.com/joachim.schuster.eu

Homepage: www.joachim-schuster.eu



FOTO: EU-PARLAMENT

Zur Finanzierung der Investitionen in Bildung, erneuerbare Energien und digitale Infrastruktur brauchen wir eine konsequente Politik gegen Steuerdumping und Spekulationsgeschäfte.

— Anzeige —

#EUROPAISTDIEANTWORT

WAHLKAMPFSTART

Ab Anfang Januar kannst Du Deine Materialien zur Europawahl gestalten und bestellen:

SHOP.SP.DE





MINDESTENS 10,93 EURO!

SPD-Fraktion will Landesmindestlohn anheben

Der Landesmindestlohn soll auf einen Betrag steigen, der Vollzeitbeschäftigten ein Leben ohne staatliche Unterstützung sichert.

Für die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Böschen, steht fest: „Wer arbeitet, muss auch davon leben können!“ Der aktuell auf Bundesebene gültige Mindestlohn von 8,84 Euro reicht allerdings nicht, um Vollzeitbeschäftigten ein Leben ohne aufstockende Transferleistungen zu ermöglichen. Das zeigt auch eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung. Diese hatte für

unterschiedliche Großstädte ermittelt, wie hoch der Mindestlohn sein müsste, damit jemand, der Vollzeit arbeitet, seinen Lebensunterhalt decken kann, ohne aufstocken zu müssen. Für Bremen kam die Stiftung dabei auf einen Betrag von 10,53 Euro pro Stunde.

Das liegt deutlich über der bundesweit gültigen Lohnuntergrenze – und auch über dem Bremer Landesmindestlohn, der derzeit daran gekoppelt ist.

Für die SPD-Fraktion, ein Grund, etwas zu unternehmen „Wer von Steuergeld bezahlt wird, muss auch einen ordentlichen Lohn erhalten“, sagt Sybille Böschen. „Er muss seinen Lebensunterhalt bestreiten können, ohne auf staatliche Zuschüsse angewiesen zu sein.“

Die SPD-Fraktion hat daher beschlossen, dass der Landesmindestlohn auf 10,93 Euro steigen soll. Der Betrag ergibt sich dadurch, dass die Höhe des Landesmindestlohns künftig an die Entgeltgruppe 1, Stufe 4 Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder gekoppelt werden soll – auch, was zukünftige Tarifsteigerungen angeht. Und er liegt über dem von der Hans-Böckler-Stiftung ermittelten Minimum. Er würde es den betroffenen Beschäftigten also ermöglichen, von ihrer Arbeit leben zu können.

„Uns geht es darum, dort, wo wir es als Land können und Einfluss haben, den Mindestlohn auf ein angemessenes Niveau zu heben“, sagt Böschen. „Damit verbunden ist aber ganz klar die Hoffnung und die Erwartung, dass Bremen wie bereits 2012 zum Vorreiter wird. Es kann nicht sein, dass Vollzeitbeschäftigte trotz Mindestlohn zum Amt gehen und aufstocken müssen, weil es sonst zum Leben einfach nicht reicht. In Bremen gehen wir jetzt einen ersten Schritt, um das zu ändern – aber nicht nur hier, sondern bundesweit muss gelten: Wer arbeitet, soll davon auch leben können!“ ■

SOZIALBAUQUOTE SOLL STEIGEN

Ausdifferenzierung soll aber auch für bessere Durchmischung sorgen

Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, verkauft Bremen größere öffentliche Bauflächen nur noch mit der Auflage, dass 25 Prozent des dort entstehenden Wohnraums an Menschen mit B-Schein-Berechtigung zu vermieten sind – mit entsprechend niedrigen Mieten. Solche Sozialquoten gibt es auch in Berlin und Hamburg, und dort wurden sie inzwischen sogar auf 30 Prozent angehoben.

Bremen soll diesem Beispiel folgen und die Quote auf 30 Prozent anheben, so lautet die Forderung, die die SPD-Fraktion nun in einem Antrag in die Bürgerschaft eingebracht hat. Zugleich spricht sie sich aber auch dafür aus, die Quote zu differenzieren. So soll der Senat, basierend auf den Sozialindikatoren, ein Abschlagsystem entwickeln. Das heißt: Dort wo bereits viele Menschen ohne oder mit nur geringem Einkommen leben, soll mehr Zuzug von Menschen mit höhe-



rem Einkommen ermöglicht werden. Deshalb wird die Sozialquote hier reduziert. Im Gegenzug soll dort, wo bislang wenige Wohnungen bestehen, die den Kriterien des sozialen Wohnungsbaus entsprechen, deutlich mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, um auch Menschen ohne oder mit geringem Einkommen zu ermöglichen, in diesen Quartieren zu leben. ■

Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, soll die Sozialbauquote auf 30 Prozent steigen. In Stadtteilen, in denen schon viele Menschen ohne oder mit nur geringem Einkommen leben, soll sie allerdings gesenkt werden.

„BASTELHÄUSER“: PILOTPROJEKT STARTET

Die Idee stammt aus den Niederlanden: Sogenannte Klushuizen – auf Deutsch heißt das in etwa „Bastelhäuser“. Das Prinzip: Schrottimmobilien werden von der Kommune gekauft und zu günstigen Konditionen weitergegeben. Im Gegenzug für den niedrigen Kaufpreis müssen die Käufer das Objekt in Eigenleistung sanieren und verpflichten sich, eine gewisse Zeit selbst dort zu wohnen. Dadurch sollen die Immobilien aufgewertet, neue Käufergruppen gewonnen und zugleich etwas für eine bessere Durchmischung der Stadtteile unternommen werden. In den vergangenen Haushaltsberatungen waren auf Initiative der SPD-Fraktion 400.000 Euro für ein entsprechendes Pilotprojekt in Bremerhaven bereitgestellt worden. Nun ist es soweit: Die Stäwog geht die Kernsanierung eines Hauses im Goetheviertel an, und wird im Anschluss die Wohnungen im fast rohen Zustand günstig weitergeben. ■